

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

4.6.1930 (No. 129)

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 939
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Berantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
G. Amen,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 22,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigensatz: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über die Redaktion der Zeitung, die in demselben Sinne, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in demjenigen unserer Leser, hat der Inhaber keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Kraftfahrzeugunfallstatistik in Baden für das Jahr 1929

Die Zahl der im Jahre 1929 im Lande Baden vorgekommenen Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen, die zur amtlichen Kenntnis gelangt sind, beträgt nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Landesamtes 7341 gegenüber 5927 im Jahre 1928 und 3751 im Jahre 1927.

Während also die Zahl der Unfälle gegen 1928 um 1414 oder 23,9 v. H. gestiegen ist, beträgt die Steigerung gegen 1929 nahezu das Doppelte, nämlich 3590 oder 95,7 v. H. Rechnet man die Unfälle auf den Tag, so ergeben sich für 1927 täglich 10 Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen, für 1928 täglich 16 und für 1929 täglich 20 Unfälle im ganzen Lande.

Die meisten Unfälle ereigneten sich in den Amtsbezirken mit den verkehrsreichen und größeren Städten. An der Spitze steht Mannheim mit 1610 Unfällen (21,8 v. H.), dann folgt Karlsruhe mit 1107 (15 v. H.), Freiburg mit 610 (8,3 v. H.), Heidelberg mit 600 (8,1 v. H.), Pforzheim mit 400 (5,4 v. H.), Rastatt mit der Stadt Baden mit 343 (4,6 v. H.), Konstanz mit 270 (3,6 v. H.) Unfällen; weiter folgen die Amtsbezirke Offenburg mit 187, Lahr mit 161, Bruchsal mit 159, Emmendingen mit 137, Gernsbach mit 130, Ulmring mit 110, Wilingen mit 108 und Säckingen mit 102 Unfällen. In den übrigen einzelnen 25 Amtsbezirken betrug die Zahl der Unfälle weniger als 100. Im Amtsbezirk Pfullendorf wurden nur 4 Kraftfahrzeugunfälle amtlich gemeldet.

Die häufigsten Unfälle, 2618 (35,6 v. H.), kamen im 3. Vierteljahr (Hauptverkehrszeit) vor, im 2. Vierteljahr betrug die Zahl der Unfälle 1902 (27,1 v. H.), im 4. Vierteljahr 1772 (24,1 v. H.), und im 1. Vierteljahr 961 (13,2 v. H.). Auf die Wochentage verteilen sich die Unfälle wie folgt: Sonntag 1180 (15,3 v. H.), Montag 1072 (14,6 v. H.), Dienstag 1028 (14 v. H.), Mittwoch 1008 (13,7 v. H.), Donnerstag 915 (12,4 v. H.), Freitag 1021 (13,9 v. H.), und Samstag 1167 (18,1 v. H.) Unfälle. In den Nachmittagsstunden von 4 bis 8 Uhr ereigneten sich die meisten Unfälle, ihre Zahl betrug 2567 (34,9 v. H.), dann folgt die Zeit von mittags 12 Uhr bis 4 Uhr nachmittags, in der 1961 (26,7 v. H.) Unfälle ermittelt wurden. In den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr wurden 1399 (18,9 v. H.), in den Abendstunden von 8 bis 12 Uhr nachts 873 (11,8 v. H.), und nach Mitternacht bis morgens 8 Uhr wurden nur 551 (0,7 v. H.) Unfälle festgestellt.

An den 7341 Unfällen waren 9754 Kraftfahrzeuge beteiligt, und zwar 5078 (52 v. H.) Personenkraftwagen, 2794 (28,5 v. H.) Krafttraktoren, 1648 (16,9 v. H.) Last- und Lieferkraftfahrzeuge, 158 (1,5 v. H.) Kraftomnibusse und 76 (1,1 v. H.) Zugmaschinen und sonstige Kraftfahrzeuge. Von 9642 Kraftfahrzeugen, deren Besitzer ermittelt worden sind, haben 9443 ihren Standort im Inland und 199 im Ausland. Von 112 Fahrzeugen konnte der Standort nicht festgestellt werden, da sich die Führer dieser Fahrzeuge durch Flucht entzogen haben.

In 1054 (14,3 v. H.) Fällen wurden nur Personen verletzt; in 3578 (47,5 v. H.) Fällen war nur Sachschaden die Folge des Unfalls, und in 2709 (38,2 v. H.) Fällen handelt es sich gleichzeitig um Personenverletzung und Sachschaden. Verletzt wurden im ganzen 4526 Personen, und zwar 2262 Insassen (einschließlich Führer) und 2264 dritte Personen; getötet wurden 96 Führer und Insassen und 96 dritte Personen; insgesamt also 192 Personen. Der schätzungsweise ermittelte Sachschaden betrug rund 1 530 000 RM.

Die Art der Kraftfahrzeugunfälle war verschieden. Zusammenfänge mit Kraftfahrzeugen erfolgten in 2363 (32,5 v. H.) Fällen, mit Radfahrern, die teilweise nur Sachschaden erlitten, in 1702 (24 v. H.) Fällen, mit Fußgängern in 1038 (14 v. H.) Fällen, mit Fuhrwerkern in 548 (7,5 v. H.) Fällen, mit Straßenbahnen in 341 (4,6 v. H.) Fällen, mit Eisenbahnen in 28 (0,3 v. H.) Fällen, und mit Tieren in 99 (1,3 v. H.) Fällen. In 596 Fällen führten die verunglückten Fahrzeuge gegen Bäume, Telegraphenmasten, Laternen, Schranken, Einfriedigungen, Häuser, Bordsteine u. dgl. an, in 74 Fällen handelte es sich um Absturz des Fahrzeuges, und 448mal führten andere Umstände das Unglück herbei. In den meisten Fällen (3146 (42,8 v. H.)) ist die Ursache des Unfalls auf zu schnelles und unvorsichtiges Fahren zurückzuführen, in 253 Fällen Rußfahnen des Fahrzeuges infolge glatter oder aufgeweichter Fahrbahn, in 168 Fällen Unterlassung des Warnungszeichens, in 156 Fällen Fahrzeugdefekt und in 87 Fällen war Scheuen von Pferden und Zugtieren die Ursache des Unfalls. In 1418 (19,4 v. H.) Fällen ist Unachtsamkeit und Schuld dritter Personen, Fußgänger, Radfahrer und Fuhrwerke am Unfall beizumessen. Bei 44 Fällen geriet das Fahrzeug in Brand, und in 513 Fällen war die Ursache eine andere bzw. unbekannt. Bei 188 Führern war Trunkenheit anzumerken.

4432 (60,4 v. H.) Unfälle ereigneten sich auf Straßen und Plätzen in Städten, 1010 (13,8 v. H.) auf Dorfstraßen und 1899 (25,8 v. H.) auf Landstraßen. Eine Polizeistrafe wurde gegen 276 Führer und 504 dritte Personen festgesetzt, ein gerichtliches Strafverfahren wurde gegen 1189 Führer und 81 dritte Personen eingeleitet.

Die Schuld an den Birmanenser Zusammenstößen. Die Birmanenser Polizei gibt nun nach Abschluß des polizeilichen Ermittlungsverfahrens einen eingehenden Bericht über die blutigen Zwischenfälle am 25. Mai. Sie stellt eindeutig fest, daß die Schuld an den Zusammenstößen lediglich auf der Seite der Kommunisten zu suchen sei. Es ist erwiesen, daß die Nationalsozialisten an diesem fraglichen Sonntag absichtlich die Stadt verlassen hatten, um mit den Kommunisten nicht in Verührung zu kommen und daß sie von diesen bei der abendlichen Heimfahrt in der Zweibrüder Straße am Eingang zur Stadt planmäßig überfallen worden sind.

Letzte Nachrichten
Deckung und Ausgabenenkung
Noch keine Beschlüsse

M. Berlin, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Über die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die erst um 1 Uhr nachts ihr Ende gefunden hat, ist ein kurzes und wenig sagenreiches Kommuniqué veröffentlicht worden. Auch ist man nach wie vor an den amtlichen Stellen nicht geneigt, irgendwelche Auskünfte zu geben. Man ist daher auf Kombinationen und Mutmaßungen angewiesen, für welche eine amtliche Bestätigung natürlich nicht zu erhalten ist.

Richtig dürfte sein, daß eine Besprechung in Aussicht genommen war zwischen dem Reichskanzler, Geheimrat Kraft als Vertreter der Arbeitgeber, dem Reichstagsabgeordneten Graumann als Vertreter der Arbeitnehmer und dem Reichspräsidenten, in der man sich auch über die Senkung von Löhnen und Preisen einig werden wollte. Es sollte eine freiwillige Vereinbarung werden. Da das für beide Teile nicht ungefährlich ist, wollte man auch die Autorität des Reichspräsidenten dafür in Anspruch nehmen, und zwar sollte ein Brief Hindenburg an den Kanzler die Notwendigkeit einer solchen Senkungsfaktion unterstreichen. Es ist aber keine Einigung zwischen den beteiligten Organisationen bisher erzielt worden. Der „Vorwärts“ stellt es so dar, als ob die Schuld ausschließlich an der radikalen Politik der Schwerindustrie liege, doch dürfte das vermutlich eine etwas einseitige Darstellung sein.

Jedenfalls sind die Verhandlungen zunächst für die Zeit nach Pfingsten verschoben worden. Soweit es sich bisher überblicken läßt, ist man einig geworden über die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Prozent, ferner über das Notopfer, wobei nicht nur die Gehälter, sondern auch die Löhne herangezogen werden sollen. Außerdem scheinen die Vorschläge, die Reichsarbeitsminister Stegerwald als Reservationschef für die Reform der Arbeitslosenversicherung unterbreitet hat, im wesentlichen Zustimmung gefunden zu haben. Nach Mitteilung der „B.Z.“ würden Jugendliche unter 16 Jahren überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen, ferner sollen die Saisonarbeiter, wo es angebracht erscheint, ausfallen. Weiter ist vorgeschlagen worden, die Unterstützung für arbeitslose Frauen, deren Mann weiterarbeitet, nur noch bis zu 50 Proz. anzuzahlen.

Es ist in der Presse davon gerüchelt worden, daß man das ganze Projekt der Deckung zurückstellen werde. Das halten wir jedoch für ganz ausgeschlossen, weil unter diesen Umständen der Reichstag den Etat nicht verabschieden würde. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Regierung morgen und übermorgen noch einmal bemühen wird, ein Programm fertigzustellen. Bisher scheint es jedenfalls zu einer Einigung noch nicht gekommen zu sein.

Die Reichseinnahmen 1929
9172 Millionen gegenüber einem Voranschlag von 9246 Millionen

W.B. Berlin, 4. Juni. (Tel.) Nach einer vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Übersicht sind im Rechnungsjahr 1929 aufgetreten: an fortbauenden Steuern rund 6118 Mill. Reichsmark, gegenüber einem Voranschlag von 6161 Mill., an einmaligen Steuern rund 153 Mill. Reichsmark, gegenüber einem Voranschlag von 156 Mill., insgesamt an Besitz- und Verkehrssteuern rund 6271 Mill. Reichsmark, gegenüber einem Voranschlag von 6317 Mill., an Zöllen und Verbrauchsabgaben sind rund 2901 Mill. Reichsmark eingegangen, gegenüber einem Voranschlag von 2929 Mill. Ferner gingen 107 735 Reichsmark an fortgefallenen Steuern ein, so daß sich die gesamten Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben auf rund 9172 Mill. Reichsmark belaufen, gegenüber einem Voranschlag von 9246 Millionen.

Vor Arbeitskämpfen in der Wertindustrie

W.B. Hamburg, 4. Juni. (Tel.) Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der norddeutschen Wertindustrie wegen der Erneuerung des am 30. Juni ablaufenden Tarifvertrages sind ergebnislos verlaufen. Von den Arbeitnehmern wurde eine Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit auf 47 Stunden in der Woche und außerdem eine Lohnerhöhung verlangt. Die Arbeitgeber erklärten, daß nicht nur keine Lohnerhöhung, sondern in Anbetracht der ganzen Wirtschaftslage ein Lohnabbau in Frage käme. Von verschiedenen Seiten der Arbeitgeber wurde bereits vorgeschlagen, eine Lohnherabsetzung von 4 Reichspfennig pro Stunde ab 1. Juli d. J. vorzunehmen.

*Die Initiative des Reichskabinetts

Es ist notwendig, zwischen der Ungebuld, mit welcher unser Volk die Sanierung der Finanz- und Wirtschaftslage erwartet, und dem, was faktisch sofort unternommen werden kann, einen Ausgleich herbeizuführen. Einem großen Teil der öffentlichen Meinung erscheint das Tempo, mit welchem das Reichskabinetts arbeitet, zu langsam. Es spricht dabei wohl auch das durch die Erfahrungen der letzten Jahre genährte Mißtrauen mit, ein Mißtrauen, das von der Meinung ausgeht, man wolle ernstlich überhaupt nicht an ein Programm einschneidender Maßnahmen heran, sondern sich mit unzulänglichen Halbheiten behelfen. Wir sind überzeugt, daß dieser Pessimismus nicht begründet ist. Die Reichsregierung ist sich über die Sachlage selbst und über die Notwendigkeiten einschneidender Maßnahmen vollkommen klar und wird diese Maßnahmen auch ausführen.

Aber nicht mit Unrecht hat gerade dieser Tage Reichskanzler Dr. Brüning in einem Interview darauf hingewiesen, wie groß und wie schwierig die Aufräumungsarbeiten sind, die vom Kabinetts erledigt werden müssen. Und er hat in diesem Zusammenhang erklärt, daß es wohl Herbst werden könne, bis man die großen und positiven Arbeiten zu einer wirklich gründlichen Reform unseres staatlichen Lebens in Angriff nehmen könne. Es sei eben vieles in den letzten Jahren versäumt worden. Im übrigen warnte er davor, an eine sehr schnelle Besserung der Wirtschaftslage zu glauben, da die jetzige Krise ja zum Teil eine Weltmarktkrise sei.

Wir haben alle Veranlassung, dem Reichskanzler für diese offenen Worte zu danken. Die wenigsten Staatsbürger machen sich eine Vorstellung davon, wie groß eigentlich der Schutthaufen ist, den man abzutragen hat, und wie umwälzend die Maßnahmen der großen Gesundungs- und Regenerationspolitik im Innern sein werden. Bisher hat sich die Öffentlichkeit, das heißt in erster Linie die Presse, noch viel zu wenig um all diese Probleme gekümmert. Und man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn jetzt in der Presse von dem „so viel erörterten Problem des Lohn- und Preisabbaues“ gesprochen wird. Weiß man doch, daß dieses Problem noch bis vor kurzem völlig ignoriert worden ist, und daß nur wenige Blätter, zu denen auch wir uns rechnen, vor Wochen an das Vorhandensein dieses Problems zu erinnern wagten. Und so ist es in den meisten anderen Fragen.

Erst vor einer Woche hat der Reichsfinanzminister etwas mitgeteilt, was die Kundigen schon seit langem wußten, nämlich, daß man durch eine Reform der Krankenversicherung die Arbeitslosenversicherung zu einem Teil sanieren könnte. Inzwischen ist die andere Idee, daß die sämtlichen Versicherungsanstalten zu einer gegenseitigen Haftung verpflichtet werden müssen und die eine der anderen beizuspringen hat, vollkommen von der Tagesordnung verschwunden. Und das ist sehr bedauerlich, wenn man sich die Ziffern vergegenwärtigt, die für das Jahr 1928 einen Überschuf der Sozialversicherungen (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung) in einer Höhe von Milliarden ergeben. Über diese Dinge wird leider viel zu wenig gesprochen. So zum Beispiel weiß die große Öffentlichkeit nichts davon, daß im Bereich der Krankenkassenversicherung in den letzten Jahren Neubauten errichtet worden sind, die mit ihren Gesamtkosten für Bau und Inneneinrichtung eine ganz gewaltige Summe ausmachen, eine Summe, die sich jedenfalls mit der faktischen Not eines großen Teiles unseres Volkes nicht gut zusammenreimen läßt.

Wir dürfen darauf vertrauen, daß das Reichskabinetts wirklich, wie Reichskanzler Dr. Brüning gesagt hat, eine gründliche Reform unsere staatlichen Lebens herbeiführen wird. Und daß eine solche Reform noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, wird man begreifen können. So wie erst einmal in unserem Volke, und vor allem in den Kreisen der Wirtschaft das Vertrauen auf die Gründlichkeit dieser Reform und das Vertrauen auf die Entschiedenheit ihrer Durchführung durch das Kabinetts fest verankert ist, wird schon allein dieses Vertrauen eine Art Anfortbelung der Wirtschaft bedeuten.

Abwegig ist es, über den Ernst der wirtschaftlichen Lage damit hinwegzutäuschen zu wollen, daß man sich auf die aktive Handelsbilanz beruft. Jeder Kenner weiß, daß diese Aktivität unserer Handelsbilanz, dieser — im übri-

gen recht geringe — Überschuf der Ausfuhr über die Einfuhr, größtenteils durch Dumping, das heißt durch Schleuderpreise verkauft wird. Um ihre Betriebe überhaupt noch aufrechtzuerhalten, geben heute sehr viele Fabrikanten und Kaufleute ihre Waren zu Preisen ab, die vom Standpunkt einer sorgsamsten Rentabilitätsberechnung überhaupt nicht mehr zu rechtfertigen sind. Und das gilt besonders für den Export. So ist es denn auch zu verstehen, daß die Großhandelsindexziffer sich seit Monaten immer weiter senkt. Wie denn auch die Lebensmittelindexziffer seit mehreren Monaten langsam, aber deutlich zurückgeht.

Was folgert daraus für die Politik des Reichskabinetts? Doch wohl nur das eine, daß man als Gegenargument bei einer geplanten Lohnabbauaktion die Feststellung nicht mehr zu befürchten hat, die Lebensmittelpreise seien im Steigen begriffen. Im übrigen soll ja auch ein etwaiger Lohnabbau mit einem weiteren Preisabbau auf der ganzen Linie verknüpft werden.

Das Reichskabinett hat sich gestern abend sieben Stunden lang, bis kurz nach 1 Uhr morgens, mit dem Problem der Finanz- und Wirtschaftssanierung beschäftigt. Man hat dabei von vornherein eine Trennung gemacht zwischen den Maßnahmen, die sofort ergriffen werden müssen, und den Maßnahmen, die auf lange Sicht berechnet sind. Was die Arbeitslosenversicherungssanierung betrifft, so hat man sich gestern grundsätzlich geeinigt. Das gleiche gilt für die Deckungsvorschläge zum Reichsetat. Über die Einzelheiten wird diesmal strengstes Stillschweigen bewahrt.

Im Zusammenhang mit dieser Sitzung des Reichskabinetts und einer für gestern einberufenen Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände waren in Berlin allerlei Gerüchte entstanden, die unter Umständen eine panische Stimmung hätten hervorrufen können. Man sprach von einem Eingreifen oder einem in Kürze zu erwartenden Aufruf des Reichspräsidenten, und man bezifferte die an sich nicht abzulegende neue Vergrößerung des Defizits auf eine Höhe, daß der Staatsbürger glauben konnte, dicht vor der Katastrophe zu stehen. Diese Meldungen sind nicht richtig. Der Ernst der Lage an sich kann von niemandem geleugnet werden. Aber zur Panik oder zur Verzweiflung gibt es schon deswegen keinen Anlaß, weil das Reichskabinett fest entschlossen ist, alles zu tun, um die Krise zu überwinden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Arbeitgeberverbände haben gestern keine offiziellen Beschlüsse gefaßt. Man will mit der Reichsregierung und den Gewerkschaften nunmehr darüber verhandeln, was geschehen kann, um durch Ermäßigung aller Produktionsfaktoren, also auch durch allgemeinen Lohnabbau, zu einem Preisabbau zu kommen. Es wäre in der Tat ein Segen für unser Volk, wenn es gelänge, gerade dieses Programm Hand in Hand mit den großen Organisationen der Arbeitnehmerschaft zu verwirklichen.

Wirtschaftslage und Gemeindefinanzen

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Muler, beschäftigte sich in einer Pressebesprechung mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und ihrer Auswirkung auf die Gemeindefinanzen.

Das katastrophale Anwachsen der Arbeitslosigkeit bedinge ständig wachsende Mehraufwendungen für die Arbeitslosenversicherung und führe in zunehmendem Maße zu einem beträchtlichen Abfallen der Steuereinnahmen. Während die Länder durch ihren Einfluß im Reichsrat es durchgesetzt hätten, daß sie bei den Steuerbedingungsgeboten vom April nicht leer ausgingen und den größten Teil der auch für die Gemeinden bestimmten Reichsüberweisungssteuern für sich in Anspruch nähmen oder auf Steuergebiete der Gemeinden zurückgriffen, gefalle sich die Finanzlage der Gemeinden immer ungünstiger. Elementare Pflicht der Gemeinden sei es, mit allergrößtem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß eine Finanzreform, die die Bedürfnisse der Gemeinden außer Acht lasse, den Namen einer Reform nicht verdiene. Die Finanzlage der Gemeinden stehe völlig unter dem Zeichen des katastrophalen Anwachsens der Zahl der Wohlfahrtsverwalter.

Stadtrat Busch von seinen Angehörigen belästigt

In der Untersuchung der beanstandeten Grundstückskäufe des verstorbenen Stadtrats Busch hat der Vertreter der Erben, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, der Staatsanwaltschaft zugefallen, daß der Holländer Lutz tatsächlich nur ein Strohmännchen war, und die ganzen Vermögensstücke, die ihm bisher zugeschrieben seien, den Erben Buschs gehören. Im Auftrage der Erben Buschs ist Lutz bereits durch Gilbricht aufgefordert worden, sofort die an verschiedenen Stellen unter seinem Namen deponierten Gelder freizugeben, weil diese Beträge, bei denen es sich wahrscheinlich um die bei den Grundstückskäufen erzielten Provisionen handelt, in Wirklichkeit Busch gehörten. — Die Berliner Stadtvorordnetenversammlung hat einen Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, dafür zu sorgen, daß aus der Erbschaftsmasse die insgesamt eine Million Reichsmark ausmacht, die Summen, um die die Stadt geschädigt sei, sichergestellt werden, angenommen.

Der Kulmbacher Kommerzienrat Meußbärfer, der unter dem Verdacht des Sattenmordes einige Monate in Untersuchungshaft saß, hat eine Entschuldigungsfrage gegen den Justizfiskus angehtrennt. Als Entschädigung werden, laut Meldung des „B. L.“, 200 000 Reichsmark genannt.

18 Inassen des staatlichen Krankenhauses für gemeingefährliche Geisteskrankheiten in Detroit (Michigan) gelang es, zu entkommen. Sie sind mit Messern und Rasiermessern bewaffnet. In der Nachbarschaft herrscht große Erregung, die Farmer, die ihre Frauen und Kinder nicht aus den Häusern lassen durchnähen, mit Gewehren bewaffnet, die Gebühre und Wälder. Zwei Flüchtlinge sind bisher gefaßt worden.

In Fort Arthur (Ontario) fand der Pilot der Kanadischen Sandelgesellschaft, Paul Garten, der während des Weltkrieges der Jagdstaffel des Freiherrn von Richthofen angehörte, den Tod, als sich seine Maschine während eines schweren Sturmes bei der Landung überschlug.

Die Rückfahrt des „Graf Zeppelin“

Kurs Azoren

W.D. Friedrichshafen, 4. Juni (Tel.) In einem um 5 Uhr im Luftschiffbau eingegangenen Funkpruch von Bord des Luftschiffes wurde der Standort wie folgt gemeldet: 38 Grad Nord, 39,30 Grad West, 70 Seemeilen Geschwindigkeit, Kurs Azoren.

Der englische Luftfahrtminister über Dr. Goerner

Der englische Luftfahrtminister Lord Thomson führte am Dienstag im Oberhaus im Laufe einer Rede, die sich mit der Kritik an den beiden britischen Luftschiffen befaßte, u. a. aus: Es wird gefragt werden, wie denn der „Graf Zeppelin“ große Fernfahrten ausführen könne, während unsere beiden Schiffe ihre Zeit besonders in ihren Hallen verbringen. Die Antwort ist ganz einfach: Die Deutschen haben 30 Jahre Erfahrung im Bau von Luftschiffen. Sie hatten schon vor dem Kriege Luftschiffe im Bau. Ich wünsche, die guten Eigenschaften unserer eigenen Landseute nicht herabzusetzen, aber angesichts der Erfahrungen müssen wir uns damit abfinden, daß es sehr wenig Dr. Goerner in der Welt gibt. Wir haben noch nicht die Zeit gehabt, um unseren eigenen Dr. Goerner hervorzubringen, der einer der bemerkenswertesten Männer ist, mit denen ich je zusammengekommen bin.

Guillaumat über die Rheinlandräumung

W.D. Paris, 4. Juni. (Tel.) „Journal“ bringt einige Erklärungen des Generals Guillaumat über den Verlauf und die Abwicklung der Räumung des Rheinlandes zum Abbruch. Seit einem Monat würden alle Tage 40 Waggons, bis zum Maße gefüllt, abgelassen. Genau in 30 Tagen werde sich kein französischer Soldat auf deutschem Boden mehr befinden. Er hoffe, daß sich alles weiterhin ohne Zwischenfall abspielen werde, wie sich das gerade, auch in der Pfalz, wo die Räumung etwas schwieriger gewesen sei als in Mainz, wo völlige Ruhe herrsche. Er, Guillaumat, könne die Höflichkeit, die die Behörden und Beamten stets bewiesen hätten, nur anerkennen. Jeder von ihnen habe sich ihm gegenüber sehr liebenswürdig gezeigt und auf französischer Seite habe man auch sein Möglichstes getan. Auf diese Weise würden die Besatzungstruppen beim Verlassen des Rheinlandes keine schlechte Erinnerung hinterlassen.

Anschluß der Mohammedaner

an die Ghandi-Bewegung

W.D. London, 4. Juni (Tel.) In Bombay veranstalteten gestern abend Mohammedaner eine Sympathiekundgebung für die Ghandi-Bewegung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der das Einverständnis mit dem Programm des indischen Nationalkongresses ausgesprochen wird. Die Entschließung fordert die Mohammedaner Indiens auf, sich an der Bewegung des bürgerlichen Angehörigen und des Boykotts britischer Güter zu beteiligen.

Zu der mohammedanischen Kundgebung in Bombay schreibt der Sonderkorrespondent des „Daily Herald“: Die Bedeutung der sich mehrenden Anzeichen einer Annäherung zwischen Hindus und Mohammedanern sollten von jenen Ratgebern der Regierung, die ihre Berechnungen auf die unüberbrückbare Kluft zwischen beiden Religionsgemeinschaften gründeten, nicht unbeachtet gelassen werden.

„Times“ melden aus Peshawar, daß eine Abteilung bewaffneter Eingeborener, die sich seit einiger Zeit im Gebirge mehrere Kilometer von einem in der Nähe liegenden Fort entfernt eingenistet hatte, von Gebirgsartillerie beschossen und getötet. Von Flugzeugen aus bombardiert wurde, nachdem sie vergeblich zum Abzug aufgefordert worden war.

Kurze Nachrichten

Der Thüringische Landtag lehnte den Antrag der Kommunisten auf Aufhebung des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes ab. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. — Das thüringische Innenministerium hat die von der Interessengemeinschaft der Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport für die Pfingstfeiertage vom 6. bis 9. Juni in Thüringen vorgesehenen Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten.

Justizrat Dr. Otto Flaum †. Der Generaldirektor der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Justizrat Dr. Otto Flaum, ist nach schwerer Krankheit im 57. Lebensjahre gestorben. Als Herausgeber der Germania Illustriada im Hause Knorr & Girth tätig, trat er im Jahre 1925 in die Leitung über.

Neue französische Grenzbahnen. Dem „Petit Journal“ zufolge werden im Elsaß drei neue Grenzlandbahnlinien erbaut, die mehrere Vorgebüdenbrüche brächen. Sie sollen im Falle eines Krieges der schnelleren Beweglichkeit der französischen Armee vom Norden nach dem Süden und umgekehrt dienen. Den gleichen strategischen Zweck verfolgen vier Bahnen an der italienischen Grenze. Die wichtigste Linie Pertuis—Nizza wird zweigleisig.

Die Mandatskommission des Völkerbundes ist in Genf zusammengesetzt. Als Vertreter Deutschlands nimmt erstmals Ministerialdirektor Dr. Ruppel an den Verhandlungen teil. Für die außerordentliche Tagung sind 8 Tage vorgesehen.

Tagung: Kirche und Kunst

Eine unter der Leitung „Kirche und Kunst“ stehende evangelisch-kirchliche Tagung, veranstaltet von der badischen evangelischen Vereinigung für Kirchen- und Volkskunst, von dem Wissenschaftlichen Kreiskomitee in Baden und von dem Evangelischen Kreiskomitee für Baden, fand letzter Tage in Karlsruhe statt. Die Tagung steht in engem Zusammenhang mit der Ausstellung kirchlicher Architektur und Werkkunst, die augenblicklich in den Räumen des Landesgewerbeamtes gezeigt wird. Nach einem Vortrag von Geh. Kirchenrat Universitätsprofessor D. Bauer (Heidelberg) über die Entwicklung des evangelischen Gottesdienstes sprach Professor Kläffer (Frankfurt) über den Kirchenbau in heutiger Zeit. Den Vorträgen schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Später folgte eine zweite öffentliche Versammlung, in der Kirchenrat Lic. Kühner ein Bild von der Tätigkeit der badischen evangelischen Vereinigung für Kirchen- und Volkskunst gab und Stadtpfarrer Seufert (Karlsruhe) über Kirchenkunst als Gemeindefache sprach.

Großes badisches evangelisches Landeskirchenmusikfest. Am 14. und 15. Juni findet in Karlsruhe anlässlich des 50jährigen Bestehens des Badischen evangelischen Landeskirchenmusikvereins (Verband der evangelischen Kirchenchöre Badens) das 20. badische Landeskirchenmusikfest statt. Die Hauptleitung liegt in den Händen von Prof. Dr. Poppen (Heidelberg). Zur Aufführung kommt u. a. das Händelsche Oratorium „Israel in Ägypten“. Zu dem Hauptfesttag haben sich über 2000 Sängern und Sängerinnen gemeldet, die in fünf Kirchen ihre Darbietungen zu Gehör bringen werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(66. Sitzung)

D3. Karlsruhe, 3. Juni 1930.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wendet sich der Abg. Dr. Woffhard (D. Dem. P.) in einer persönlichen Erklärung gegen einen Artikel des Pfarrers Raft (Erlingen) im „Bad. Beobachter“, worin die Rede des genannten Abgeordneten am 1. April d. J. über einseitige Propaganda zugunsten der Deutschen Jugendkraft usw. kritisiert wird.

Abg. Dr. Baumgartner erklärt, die Zentrumsfraktion werde sich ihre Stellungnahme vorbehalten.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Seubert (Zentr.) namens des Haushaltsausschusses über den Gesekentwurf betr. die Aufhebung des Gesetzes über die Ermächtigung des badischen Finanzministeriums zum Abschluß eines Vertrages mit dem Kreis Karlsruhe zwecks

Weiterführung von Nebenbahnen (Wleg)

vom 22. Dezember 1920.

In der Aussprache beurteilt Abg. Hoffmeier (D. Dem. P.) die Einrichtung wilder Autolinien als Konkurrenz der Privatbahnen und bittet um baldige Vorlegung der Denkschrift der Regierung über die Erhaltung lebensfähiger Nebenbahnen.

Nachdem noch der Abg. Hermann (Wirtsch. u. Bauernp.) und Frau Abg. Richter (D. Natl.) Nebenbahnwünsche vorgebracht haben, wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Abg. Seubert (Zentr.) berichtet weiter über das Gesuch des Reichsbundes der höheren Beamten, Landesverband Baden, wegen

Entschädigung der während der Besetzung Offenburgs von den Franzosen inhaftierten Beamten.

Die Eingabe wird der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß bei Änderung des Beamtenrechts eine Bestimmung Aufnahme findet, nach welcher die Gefangenschaft als Kriegsdienstzeit angerechnet wird.

Abg. Seubert erstattet ferner Bericht über das Gesuch der Stadtgemeinde St. Blasien

um Fortführung der Dreieisenbahn.

Regierung und Ausschuß halten den Wunsch der Stadt St. Blasien für berechtigt und stehen mit ihr auf dem Standpunkt, daß das Reich die Bahn zu bauen habe, sobald es die Finanzlage gestattet.

Das Haus beschließt in diesem Sinne Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme.

Der gleiche Abgeordnete berichtet schließlich über verschiedene Gesuche aus Schweningen

um Rücknahme der Besetzung des Forsttrats Gillardon nach Bruchsal.

Der Antrag geht auf Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Brizner (D. Sp.) setzt sich warm für die Schweningener Wünsche ein. Man sollte den Forsttrat Gillardon wenigstens bis Jahresabschluss in Schweningen belassen, um die begonnenen Arbeiten zu Ende zu führen. Daß der Schloßgarten wieder hoch gebracht wurde, daran habe der Genannte mit ein hervorragendes Verdienst.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Person (Zentr.) über das Gesuch des Direktors und Senats der Technischen Hochschule Karlsruhe betr.

das deutsche akademische Olympia Karlsruhe 1931.

Darin wird die Streichung der 10 000 M für diesen Zweck lebhaft bedauert und ausgeführt, welche werbende Bedeutung für die Technische Hochschule dem Olympia zukommt.

Der Ausschuß beschließt, das Gesuch der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Regierung wird nochmals in eine Prüfung der Frage eintreten, ob und in welcher Weise den Wünschen von Rektor und Senat Rechnung getragen werden kann.

Abg. Haas (Zentr.) berichtet über die Mitteilung des Innenministers betr.

die Kommunalwahlen.

Es handelt sich um die neue Wahlordnung, die bei drei Stimmenthaltungen zur Kenntnis genommen wird.

Nachdem noch das Gesuch der Hotel-, Restaurant- und Cafestangestellten betr. die

Festsetzung der Polizeistunde

der Regierung zur Kenntnisnahme als Material überwiesen ist (Berichterstatter Abg. Marzloff), verlegt sich das Haus auf Mittwoch, vorm. 10 Uhr.

Schluß gegen 18 Uhr.

*

(67. Sitzung)

D3. Karlsruhe, 4. Juni 1930.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) das Wort zu einer Protesterklärung der Zentrumsfraktion gegenüber dem Abg. Dr. Woffhard. Stadtpfarrer Raft halte den Vorwurf, der Abg. Dr. Woffhard habe sich einseitig informieren lassen, voll aufrecht.

Abg. Gilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) verliest eine Erklärung, die sich dagegen wendet, daß die Ausführbewilligung für Tabak einer Handelsfirma und nicht der Erzeugerorganisation erteilt worden sei.

Abg. Dr. Woffhard (D. Dem. P.) erwidert dem Abg. Dr. Baumgartner. Seine Auffassung über das Verbleibende rufft den heftigsten Widerspruch des Zentrums hervor.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) gibt dem Bedauern über die Ausführungen Dr. Woffhards Ausdruck.

Eine 1½stündige Geschäftsordnungsdebatte

Erster Punkt der Tagesordnung ist die geschäftliche Behandlung der

Fürmlichen Anfrage

der Abg. Wagner u. Gen. (Nat. Soz.) vom 2. Juni 1930.

Präsident Duffner gibt den Beschluß des Vertrauensmännerausschusses bekannt: 1. Die Fürmliche Anfrage der Nationalsozialisten betr. Äußerungen des Ministers Dr. Memmele in einer Versammlung zu Rehl in der vorgelegten Form zur Beratung nicht zugelassen, 2. die Angelegenheit ohne Aussprache zu erledigen.

Die anschließende Geschäftsordnungsdebatte vollzieht sich unter großer Unruhe im Hause und fortwährenden Zwischenrufen der Nationalsozialisten, von denen die Abg. Kraft, Leitz, Merk und Roth wiederholt zur Ordnung gerufen werden.

Abg. Hoffmeier (D. Dem. P.) stimmt dem Beschluß zu unter Berufung auf § 22 Ziff. 8 der Geschäftsordnung.

Abg. Bauer (D. Sp.) ist gleichfalls der Meinung, daß die Form der Interpellation nicht gebilligt werden kann. Damit wolle er aber auch keine Bewilligung der Äußerungen des Ministers aussprechen.

11

Auch Abg. Hilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) findet die Form der Interpellation nicht zur Beratung geeignet. Im Interesse des Ministers wäre es aber gelegen gewesen, daß die Dinge in aller Öffentlichkeit harpestellt worden wären. Man werde sich der Stimme enthalten.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) ist infolge der Zurücksetzung der Nationalsozialisten und der damit verbundenen großen Unruhe zunächst nicht in der Lage, mit seiner Erklärung zu beginnen. Wiederholt ertönt die große Präzidentenglocke — Abg. Maier ruft: Herr Präsident! Lassen Sie doch einen Kübel Wasser kommen! Der sozialdemokratische Fraktionschef erklärt schließlich: „Es handelt sich hier nicht um Paragraphen, sondern darum, ob das Parlament den Mut aufbringt, gegenüber Leuten, die jedes Anstandsgefühl in der Stellung von Anfragen vermissen lassen!“ (Lebhafte Widerspruch der Nationalsozialisten — Ordnungsrufe).

Abg. Bauer (D. Vp.) wendet sich dagegen, daß der § 15 für den Beschluß des Vertrauensmännerauschusses herangezogen wird.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) erklärt, daß es sich keineswegs um eine Ausnahmebestimmung handle, sondern um die grundsätzliche Entscheidung, ob wir den Mut haben, die Würde des Hauses zu wahren.

Abg. Hofmeier (D. Dem. P.) bleibt bei seiner Auffassung. Werde keine andere Lösung gefunden, so würden sich die Demokraten der Stimme enthalten.

Staatspräsident Dr. Schmitt

nimmt das Wort und führt aus: Es handelt sich nicht nur um eine Angelegenheit der Parteien, sondern des Staates. Es handelt sich um die Würde des Hauses. Aus den verschiedenen Erklärungen kann man erkennen, daß die Parteien dem Antrag in seiner Formulierung zustimmen wollen. Die Begründung hierzu muß jeder Abgeordnete in sich selbst ausmachen. Die beiden Auffassungen können sich vereinigen in dem Willen, die Würde des Hauses zu wahren.

Abg. Dr. Schmittbeuner (D. Natl.) ist gegen den Vertrauensmännerbeschluß, den auch der Kommunist Leichter bekräftigt.

Abg. von Au (Wirtsch. u. Bauernp.): Wir müssen eine Lösung suchen in Verbindung mit dem § 92 Ziffer 3. Durch den § 15 wird der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Abg. Steinel (D. Vp.) wendet sich gegen die rechtliche Argumentation des Staatspräsidenten.

Der ziemlich erregte Meinungsstreit über die Auslegung des § 15 der Geschäftsordnung geht weiter. Es sprechen nochmals die schon genannten Abgeordneten und der Staatspräsident, außerdem die Abgeordneten Dr. Wolfhard (D. Dem. P.), Köhler (Nat.-Soz.), Leichter (Komm. P.) und Dr. Jähr (Zentr.). Die Abg. Hofmeier (D. Dem. P.) und von Au (Wirtsch. u. Bauernp.) haben inzwischen den Antrag eingebracht, im Antrag des Vertrauensmännerauschusses einzufügen: „unter Berufung auf die §§ 83 und 92, Absatz 3.“

Der Zusatzantrag wird mit Mehrheit bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen, der so abgeänderte Antrag des Vertrauensmännerauschusses mit allen gegen 10 Stimmen (Nationalsozialisten und Kommunisten) bei 2 Stimmenthaltungen (Deutschnationale).

Nach dieser an Zwischenfällen reichen 1½stündigen Geschäftsordnungsdebatte berichtet Abg. Dr. Neßbach (Zentr.) namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung über den Antrag des Abg. von Au u. Gen. (Wirtsch. u. Bauernpartei) betr.

Löschung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume.

Er stellt folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der von der Regierung über die gegenwärtige Lage des badischen Wohnungsmarktes angestellten Erhebungen die Verordnung über Löschung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume vom 11. Januar 1929 abzuändern.

Abg. von Au (Wirtsch. u. Bauernp.) begründet seinen Standpunkt, der sich im wesentlichen mit den Forderungen des Mittelfränkischen Zentrums deckt. Er hätte seinem Antrag eine freundlichere Behandlung im Ausschuss gewünscht, hätte aber bei der gegebenen Sachlage dem Ausschussantrag zugestimmt.

Abg. Marsloff (Sozdem.) begründet einen Antrag, die Beschlüsse zurückzuziehen, bis die Ergebnisse der Erhebungen vorliegen. Er wartet vor einer weiteren Löschung der Zwangswirtschaft. Zur Wohnungsnot komme die Mietpreissenkung.

Minister des Innern Wittmann

erklärt, daß das Material noch nicht vollständig vorliege. Eine weitere vorsichtige Löschung werde wohl eintreten müssen. Eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft würde erst in Frage kommen, wenn sich Raum- und Mietzinsnot ausgeglichen haben. Der Minister bittet, dem Ausschussantrag zuzustimmen.

Die Debatte wird hier abgebrochen, und nach Erledigung einiger kurzer Anfragen vertagt sich das Haus auf nachm. ¼ 4 Uhr.

Schluß ¼ 1 Uhr.

Arbeitslosigkeit und Gemeinden

Die Regierungsparteien haben im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, im Hinblick auf die stets zunehmende Zahl von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern und die dadurch verursachten und von den Gemeinden kaum noch zu tragenden Lasten bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger für die Dauer der Erwerbslosigkeit in der Arbeitsfürsorge verbleiben, oder, sofern dieses Ziel nicht sofort erreichbar ist, zum mindesten denjenigen Gemeinden, welche unter einer besonders großen Arbeitslosigkeit leiden, ausreichend Reichsmittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Antrag wurde vom Landtag dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Aus den Parteien

Wie die Zentrumsprelle meldet, wird die kommunistische Vereinigung der badischen Zentrumsparlei am Sonntag, dem 20. Juli d. J., in Karlsruhe eine kommunalpolitische Tagung abhalten, die in der Hauptsache der Vorbereitung der kommenden Gemeinderats-, Bezirks- und Kreiswahlen dienen soll.

Eine Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Karlsruhe, beschäftigte sich mit den kommenden kommunalpolitischen Wahlen. Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Bauer, kam dabei auch auf die Frage der parteilichen Einheitsfront der Mitte zu sprechen. Die in dieser Richtung unternommenen Schritte hätten bis jetzt ein Ergebnis nicht gezeigt. Neue Parteibildungen könnten nicht helfen; die Abseitstendenzen könnten nur genommen werden, wenn sie sähen, daß die großen politischen Parteien sich zusammenschließen. Die Hauptfrage sei eine starke staatsbürgerliche Partei. Einer solchen werde sich auch die Jugend anschließen, für die leider in weiten Kreisen nicht immer das richtige Verhältnis bestehe.

Der Badische Philologentag hält seine 40. Landesversammlung vom 12.—14. Juni in Freiburg ab.

Evangelische Landessynode

Der landeskirchliche Voranschlag

Der Entwurf eines kirchlichen Gesetzes über die allgemeinen kirchlichen Ausgaben für die Rechnungsjahre 1930, 1931 und 1932 und ihre Dedungsmittel, ist vom Finanzausschuss der Landessynode in zwei Lesungen durchberaten worden. Nach dem Entwurf des Voranschlags beziffert sich unter Berücksichtigung der möglichen Einsparungen der Bedarf der Landeskirche auf durchschnittlich jährlich 7 146 810 M.

Der Aufwand soll gedeckt werden durch den Reinertrag der Zentralfarckasse, der zu 903 840 M veranschlagt ist, den um 178 500 M gekürzten Staatsbeitrag zur Aufbesserung gering beförderter Geistlicher mit durchschnittlich 721 500 M, die Einnahmen und Beiträge von Gemeinden und Fonds zu den Gehältern der Geistlichen mit 137 000 M, den überschüssigen unmittelbaren kirchlichen Fonds mit 109 000 M, rückständigen Steuern, Zinsen, Einnahmen aus der Erteilung von Religionsunterricht an Fachschulen und sonstigen Einnahmen 205 840 M, zusammen im Durchschnitt der drei Rechnungsjahre 1930, 1931 und 1932 2 157 180 M. Das weitere Erfordernis mit durchschnittlich jährlich 4 989 630 M ist durch Steuererhebung nach den Vorschriften des Landeskirchensteuergesetzes aufzubringen. Mit Rücksicht auf die Höhe des durch Landeskirchensteuer zu deckenden Bedarfs muß daher der nach dem Landeskirchensteuergesetz zulässige Höchstfaktor an Landeskirchensteuer von 10 Proz. der Kirsteuer erhoben werden. Die Kirchenregierung soll jedoch ermächtigt werden, von sich aus eine Herabsetzung des Landeskirchensteuerfaktors anzuordnen, für den Fall, daß im Laufe des Voranschlagszeitraumes die Einkünfte der Landeskirche sich derartig günstig entwickeln werden, daß sich nach der Deckung des Fehlbetrages ein erheblicher und nachhaltiger Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ergeben würde.

Die 3. öffentliche Sitzung vom 2. Juni

Die Sitzung am Montag begann mit einem Gebet des Abg. Fischer. Der Präsident begrüßt zunächst den Vertreter der Staatsregierung, Oberregierungsrat Mal. Hierauf gab Abg. Kronlein einen allgemeinen Bericht über die kirchliche Finanzlage. Eingehend schildert er die Geschichte des Dotationsgesetzes und ihre Rückwirkung auf die kirchliche Finanzlage. Dank der Opferwilligkeit der Kirchensteuerpflichtigen seien 86 Proz. des Steuerfoll eingegangen. Mit Rücksicht auf die Kürzung des Staatszuschusses ist die Mehrung des Betriebsfonds anzustreben. Die Frage der Erniebrigung des Steuerfußes hat den Finanzausschuss lebhaft beschäftigt, doch hängt die Lösung dieser Frage nicht allein von der Kirche ab. In der Generaldebatte spricht zuerst als Vertreter der liberalen Gruppe Abg. Hofmeier-Heidelberg. Er warnt vor Aufgabenerweiterungen, so namentlich vor der Gründung eines evangelischen Gymnasiums, die nicht ohne landeskirchliche Beiträge erfolgen könne. Er fordert mehr Selbstverwaltung der Gemeinden. Wenn die Staatsdotations wegfällt, muß auch jede Bindung an den Staat fallen. Durch Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit der Kirchenglieder muß es möglich werden, den Etat zu balancieren, ohne Staatshilfe. — Dem liberalen folgte der Sprecher der positiven Gruppe, Abg. Vender-Mannheim, geht auf die im Etat eingetragene Summe von 60 000 M für das Institut der Gemeindefürsorge ein und rechtfertigt mit sachlichen Gründen den Gedanken evangelischer Kreise, eine evangelische Mittelschule zu gründen; diese Frage ist nur im freien Zusammenstoß der Kirchengenossen zu lösen. Zum Schluß erwähnt der Redner den tiefgehenden Reizmut im evangelischen Volke über die Entschliebung des Landtags in der Dotationsfrage. — Der Redner des Volkskirchenbundes religiöser Sozialisten, Abg. Dietrich, polemisiert gegen die positive Gruppe und wirft ihr vor, daß sie Machtpolitik treibe. Abg. Herrmann (pos.) weist diesen Vorwurf zurück. Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen. Nun wird über die Anträge des Finanzausschusses abgestimmt.

Die Entschliebung zum Dotationsgesetz wird einstimmig angenommen, ebenso ein weiterer Antrag des Finanzausschusses, der eine Reform und eine gerechtere Verteilung der Kirchensteuer als dringend erforderlich bezeichnet. Der Antrag der volkskirchlichen Gruppe mit seinen mehrfachen Reformvorschlügen wird mit 54 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung dem Oberkirchenrat als Material überwiesen. Abg. Dietrich gibt die Erklärung ab, daß die volkskirchliche Gruppe den vorgelegten Etat ablehnen werde.

In der Einzelberatung wird der Etatposten „für Gemeindefürsorge“ nach längeren Erörterungen mit 42 gegen 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Ein liberaler Antrag, der verlangt, daß die Gemeindefürsorge nicht von der Landeskirche, sondern von der Gemeinde angestellt werden soll, wird mit 45 gegen 17 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Entschliebung zum Dotationsgesetz lautet: „Die Synode billigt die Stellungnahme des Evangelischen Oberkirchenrats und der Evangelischen Kirchenregierung in der Dotationsfrage in vollem Umfang. Sie schließt sich dem in der Entschliebung der Kirchenregierung vom 28. Februar 1930 zum Ausdruck gebrachten Protest vollständig an. Sie erhebt nachdrücklich Einspruch dagegen, daß die Verteilung der Staatsdotations nunmehr in ihren Auswirkungen den evangelischen Volksteil auf das Empfindlichste schädigt und die Evangelische Landeskirche schwer benachteiligt.“

Gemeinderendenschau

Der Karlsruher städtische Haushaltsplan

Der Bürgerausschuss Karlsruhe wird voraussichtlich am heutigen Mittwoch die Staatsberatung zu Ende führen. Eine Reihe von Anträgen wurde abgelehnt, so Streichungsanträge des Zentrums und der Kommunisten, ebenso der Vnlacher Antrag auf Streichung der Freifahrt der Straßenbahn für Bürgerausschussmitglieder.

Oberbürgermeister Dr. Finter ging auf die von verschiedenen Rednern geäußerten Wünsche ein. Er erklärte es für unmöglich, die Gelegenheit des Anschlusses an den deutschen Flugverkehr aufzugeben, die Zeit werde kommen, wo der Flugverkehr größere Bedeutung gewinnt. Zu den Anträgen der Zentrumsparlei erklärte der Oberbürgermeister, daß ein Teil durchführbar wäre, aber die etwa frei werdenden Beträge seien zur Deckung der Dinge notwendig, die im Voranschlag nicht seien, aber doch kommen werden. Die Beiträge des Staates für die Straßen, die mit 128 000 M angenommen wurden, ermäßigen sich z. B. um 30 000 M nach dem neuen Pflastergeldgesetz. Verschiedene Abgaben, wie die Zuwachsteuer, werden die eingeketteten Beträge nicht bringen, da infolge des Stillstandes von Handel und Wandel die beiden ersten Monate April und Mai ein gewaltiges Minus der Einnahmen zeigen. Ich möchte bei Streichungen unbedingt diese Positionen aufmachen und muß überhaupt nach Annahme des Voranschlags bereits Positionen streichen. Jeder Voranschlag enthält, zumal in einer Zeit wie der jetzigen, viele unsichere Schätzungen. Die Einnahmen brauche die Stadt, um totischer

komme Überschreitungen auszugleichen. Die Stadt ziehe jetzt auf dem Wege öffentlicher Abgaben 12 Mill. aus der Bürgerschaft, 1913 auf demselben Wege über 13 Mill. Auch im Vorjahr waren es 900 000 M mehr als in diesem Jahr. Darin drückt sich der Sparfamtswilligkeit der Stadt doch unzweifelbar aus. Noch keine Staatsaufstellung sei so schwer gewesen, wie die jetzige. Dabei sei der Fürsorgeaufwand um 400 000 M höher. Der Oberbürgermeister bat, den Voranschlag so, wie er sei, bestehen zu lassen, er trage an und für sich Bedenken, ob er mit dem Etat auskomme. Der Einsetzung einer beratenden Sparkommission stimme er zu.

Im übrigen wurde am Dienstag die allgemeine Beratung zu Ende geführt und mit der Beratung der Teilveranschläge begonnen.

Um die Milchversorgung des Markgräfler Landes. Zwischen Vertretern der Landwirtschaft aus dem kleinen und großen Wiesental fanden Besprechungen über die Milchversorgung des Markgräfler Landes der Industriebezirke Lorrach, Grenzach und Weil a. Rh. statt. Die Versorgung soll vornehmlich durch den Schopfheimer Bezirk erfolgen. Sämtliche Vertreter der Gemeinden und der Landwirtschaft erklärten sich im Prinzip mit der Gründung von Genossenschaften einverstanden. Gründungsversammlungen haben schon stattgefunden und finden noch statt in Langenau, Fischen, Raitbach, Dörsenbach, Schlächterhaus und Kürberg. Die Milchgenossenschaften in Griesgen und Pfaffenberg haben sich zusammengeschlossen.

Aus der Landeshauptstadt

Ein großer Schwarzbrennereiprozess fand vor dem Karlsruher Schöffengericht statt. Wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz standen der 29 Jahre alte Brenner Emil Krause, der 22jährige Kaufmann Emil Scheuer, der 49 Jahre alte Zollassistent Andreas Hörnle, der 65jährige Kaufmann Friedrich Scheuer und der 44jährige Reisende Emil Holz, sämtliche aus Karlsruhe, vor Gericht. Den Angeklagten Emil Krause, Heinrich Scheuer und Emil Volk wird zur Last gelegt, daß sie in den Räumen der Badischen Edelbranntweinhandels-G. m. b. H. in der ehem. Artilleriekaserne, im ehem. Stallgebäude Magaustraße 10 und im Bootshaus, Hansstraße 21, durch Brennen von Zuder größere Mengen Weingeist im Geheimen hergestellt und die Monopolabgabe hinterzogen haben. Als Mitte Februar dieses Jahres die Geheimbrennereien aufgehoben wurden, konnten Tausende von Litern Weingeist, der von den Angeklagten hergestellt worden war, beschlagnahmt werden. Als die Zollfahndungsstelle Karlsruhe eingriff, war der Geschäftsführer der Bad. Edelbranntweinhandels-G. m. b. H., Georg Schuh, der Schwiegersohn des Angeklagten Heinrich Scheuer, bereits nach Elzach-Lothringen geflüchtet. Es wurden Gefängnisstrafen bis zu 7 Monaten und hohe Geldstrafen verhängt.

Bad. Kunstverein, Waldstr. 3. Auf die eben eröffnete, bis 23. Juni dauernde Ausstellung sei ganz besonders hingewiesen. Dem Andenken des 1860 in Karlsruhe geborenen, im April d. J. verstorbenen Malers Karl Duffault ist eine Nachlassausstellung in zwei Räumen gewidmet, die den immer geschätzten Künstler besonders von der bei Lebzeiten leider kaum bekannten Seite seiner feinen Naturstudien und Skizzen zeigt. Nach längerer Pause bringt Professor Ernst Württemberg in einer umfangreichen Schau das Werk der letzten Jahre, wie auch 26 Bronzeplastiken nach Auguste Rodin, die lebhaftesten Interesse bezeugen dürfen (siehe Anzeige in vorliegender Nummer!).

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die gestern quer über Mitteleuropa gelegene Tiefdruckrinne ist weiter nach Süden gezogen und hat uns so in den Bereich der kühlen Nordostströmung gebracht. Starker Druckanstieg im Gefolge der Polarluft brachte hohen Druck über Südbandinavien, Norddeutschland und Südbandinavien, wo unter seinem Einfluß heiteres und trockenes Wetter herrscht. Wir stehen jetzt noch unter dem Einfluß einiger Störungen nördlich der Alpen, die sich jedoch wieder verflachen. Morgen wird der hohe Druck auch unsere Bitterung bestimmen und den Beginn einer wahrscheinlich mehrtägigen Schönwetterperiode bringen. Voraussage für morgen: Durchgreifende Aufheiterung, nach kühler Nacht, tagsüber wieder wärmer, trocken, höchstens im Gebirge vereinzelt Wärmegewitter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Juni		3. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.31	168.65	168.32	168.66
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	112.00	112.22
Italien . . . 100 L.	21.935	21.975	21.925	21.965
London . . . 1 Pfd.	20.339	20.379	20.338	20.378
New York . . 1 D.	4.1865	4.1945	4.1875	4.1955
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.41	16.45
Schweiz . . 100 Fr.	81.005	81.165	81.00	81.16
Wien 100 Schilling	59.055	59.175	59.05	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.419	12.439	12.416	12.436

Mannheimer Gewerbetank e. G. m. b. H. Diese Genossenschaftsbank, die 1928 mit einem Verlust von 680 758 M. abschloß, hat 1929 den Gesamtverlust auf 1 114 534 M. erhöht. Durch Abzug von 150 000 M. Regressverpflichtungen des alten Aufsichtsrates und Höherbewertung von Aktiopoßen ermäßigt sich dieser Verlust auf 892 427 M. 95 Proz. der inzwischen voll einbezahlten Geschäftsanteile haben müssen abgeschrieben werden.

Kapitalherabsetzung bei Tonwaren Wiesloch. In der Generalversammlung kam es zu einer Einigung zwischen Verwaltung und der Opposition, wonach das Aktienkapital nicht im Verhältnis 2:1, sondern 10:7 herabgesetzt wird, d. h. das Aktienkapital wird von 1,97 auf 1,34 Millionen vermindert. Der Aufsichtsratsvorsitzende wies auf die ungünstigen Verhältnisse des Baumarktes und den ebenjedenig günstigen Verlauf des Geschäftsjahres 1929 hin, das nur einen Reingewinn von 2852 Reichsmark gebracht habe. Von der Verwaltung wurde noch mitgeteilt, daß die vor einigen Jahren zum Teil neugeschaffenen Einrichtungen der Wieslocher Fabrik in den letzten Jahren wieder ein wenig devaluiert seien. Es sollen jetzt neue Aufbereitungsverfahren eingeführt werden und die Trocknungseinrichtung wird ebenfalls modernisiert werden.

Die Lage in der Rheinschiffahrt verharzt weiterhin in der seit Mitte Februar eingetretenen schwierigen Situation. Man schätzt die in der Rheinschiffahrt aufgelegte Tonnage auf nicht weniger als 100 000 Tons. An der Duisburger-Ruhrorter Schifferbörse kamen in den letzten Tagen keinerlei Bergnotierungen mehr zustande. Dem reichlichen Angebot an Kahnraum steht nur geringfügige Nachfrage gegenüber. Am Schleppschiffahrtsmarkt herrschen ähnliche Verhältnisse. Schleppgut wird kaum anboten. Der Sak für die Verkehrsbezie-

hung Ruhrort-Mannheim lautete auf 1,20 Reichsmark. Auch an den Seehäfen haben sich die Verhältnisse wenig geändert. Massengut von Rotterdam nach Mannheim wird zu 35-40 Gls. die Last abgegeben.

Der Aktienindex vom 26. bis 31. Mai. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 26. bis 31. Mai 1930 auf 121,8 gegenüber 122,3 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 119,6 (120,3), Gruppe verarbeitende Industrie auf 111,6 (112,2) und Gruppe Handel und Verkehr auf 141,1 (141,5).

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Heidelberg, 4. Juni. Im Befinden des erkrankten Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Erzellenz von Harnack, ist eine zunehmende Besserung festzustellen. Man hofft, daß Erzellenz von Harnack, der sich zur Zeit in der Medizinischen Klinik befindet, in nicht allzu langer Zeit nach Berlin zurückkehren kann.

Bad. Schwetzingen, 4. Juni. Die für Pfingsten in Aussicht genommene Badische Spargelausstellung in Schwetzingen fällt mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage, in diesem Jahre aus.

Bad. Baden-Baden, 3. Juni. Das durch seine herrliche Lage, seine Erinnerungen an das ehem. „Klosterle“ und durch seine vorzüglichen Weine weithin bekannte Klostergut Fremersberg bei Baden-Baden ist in den Besitz von Frau Luiga Wendtler, geb. Brand, übergegangen. Frau Wendtler ist die Tochter des Vorbesizers, Luilpold Brand, der vor kurzem im 86. Lebensjahre in Fremersberg gestorben ist.

Bad. Rastatt, 3. Juni. Ein Unwetter, wie man es schon lange nicht mehr erlebt hat, ging gestern zwischen 7-8 Uhr über Stadt und Gemarkung nieder. Im Ru stand alles fufshoch unter Wasser. In den Gärten und Anlagen hat der Sturm großen Schaden angerichtet. Im unteren Hanauerland ist starker Flurschaden durch Hagel entstanden.

Bad. Bad Peterstal, 3. Juni. Der Badische Schwarzwaldberein hat die an den kommenden Pfingsttagen sicherlich viel begangene, durch das Antriebsgebiet führende Höhenwegtrasse Alexanderstange-Zustucht durch Neubau eines Waldweges unter Leitung von Forstwart Grether in Bad Peterstal teilweise umgelegt. Das unmittelbar am badischen Grenzpfahl bei der Alexanderstange beginnende, neue Wegstück führt unter Vermeidung des Abfluges zur wilden Rench einerseits und der staubigen und sonnigen Autostraße andererseits, fast eben durch den Wald, teilsweise mit hübschen Aussichten. Der

neue Weg ist als Teil des Höhenwegs I (Pforzheim-Basel) bereits mit dem bekannten roten Höhenwegschonben markiert worden.

Bad. Lenzkirch, 3. Juni. Hier fand eine Besprechung der Bürgermeister des Schluchseegebietes statt, in der die Frage der Arbeitslosen und deren Beschäftigung besprochen wurden. Dabei kam zum Ausdruck, daß eine Besprechung der interessierten Kreise mit der Leitung des Schluchseewerkes und mit der badischen Regierung gewünscht werde. Bürgermeister Dr. Schuhwert (St. Blasien) wird die vorbereitenden Schritte zu dieser Aussprache unternehmen.

Bad. Müllheim (Baden), 3. Juni. Infolge Genusses verdorbener Nahrungsmittel erkrankten vier Mitglieder der Familie des Inhabers einer Dampfwaschanstalt, Lad, in Oberweiler. Es stellten sich bei ihnen Schüttelungen und Schlußbeschwerden ein, die die Überführung der Frau Lad ins Krankenhaus Müllheim und des Schwiegerjohnes, Mayer, in die medizinische Universitätsklinik Freiburg notwendig machten. Mayer verlor bei dem Versuch, sich am Fenster der Klinik von den Schlußbeschwerden Luft zu verschaffen, das Gleichgewicht und stürzte in den Hof, wo er mit lebensgefährlichen Verletzungen aufgefunden wurde.



Statt besonderer Anzeige.

In Langenbrücken verschied am 29. Mai plötzlich und unerwartet, im 66. Lebensjahre, versehen mit den hl. Sterbesakramenten,

Herr Justizrat

ERNST SERGER

Die Beerdigung fand hier am Samstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Im Namen der tieftrauernden Angehörigen:

Frau Berta Serger.

Tauberbischofsheim, den 3. Juni 1930.

R.402



Bad. Kunstverein
E. V., Waldstraße 3

Vom 4. bis 23. Juni:
Nachlaßausstellung
Karl Dussault †
(1860-1930)

Kollektivausstellung
Ernst Würtenberger
Bronzeplastiken
Auguste Rodin 405

Ferner Kollektionen von:
Karl Brutzer, Durlach: Oelgemälde
Alw. Stützer, München: Aquarelle
Paula Wimmer, Dachau: Oelgemälde.
Geöffnet: Werktags 10-1 u. 3-5 Uhr, Sonntags
11-1 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder: 50 Rpf.

Volksschauspiel Oetigheim

bei Rastatt

Andreas Hofer

Freiheitskampf des Tiroler Volkes
in 4 Akten mit Vor- und Nachspiel
von A. J. Lippel.

Aufführungen: Alle Sonn- und
Feiertage (außer Fronleichnam)
Vom 1. Juni bis Ende September
Gedeckter Zuschauerraum
800 Mitwirkende
Anfang 14 Uhr Ende 18 Uhr
Preise der Plätze: 1,50-6,50 RM
nebst besonderen Logen
Vorverkauf: Theaterkasse Oetig-
heim. Telefon 2061 Rastatt.



Vorverkauf Karlsruhe:
Herdersche Verlagsbuchhandlung, Herrenstraße 34.
Fritz Müller, Musikalienhdlg., Ecke Kaiser- u. Waldstr.
Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Khe., Kaiserstr. 159.
Zeitungskiosk beim Hotel Germania.

Kommundarlehnen

vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76



An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Bäckerei- und Konditoreiwarenbestellungen

werden für die Pfingstfeiertage nur bis

Freitag abend

in unseren Abgabestellen entgegengenommen.

Wir bitten, diesen Termin einzuhalten, weil sonst keine
Gewähr für pünktliche Lieferung gegeben ist.

Lebensbedürfnisverein

R.404

Badisches Landestheater

Donnerstag, 5. Juni
* D 27. (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. III. S.-Gr.
2. Hälfte
Zum ersten Male
Zinzen
Komödie von Shaw
Regie: Dr. Landgrebe
Mitwirkende:
Schröner, Seiling, Just,
Kühne, Müller, Schulze,
v. d. Trend, G. Rienscherf.
Anfang 19¹⁵, Ende 21¹⁵.
Preise A (0,70-5 RM)
Fr., 6. Juni: Lohengrin.

ERÖFFNUNG



Optische Anstalt Franz Hofer

Karlsruhe, Kaiserstraße 247
am Kaiserplatz

Große Auswahl! Krankenkassenlieferung!

Betrifft Adreßbuch

Wie uns mitgeteilt wird, wirbt hier neuerdings eine Frankfurter
Firma unter dem Namen „Spezialverlag kostenloser Branchen-
Adreßbücher Scharfenberg & Freese“ Anzeigen für eine Aus-
gabe eines neuen Branchenteils.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß dieses von einer auswärtigen
Firma veranstaltete Buch weder mit dem altbekannten Adreß-
buch von Karlsruhe noch mit dem auf Grund der amtlichen
Unterlagen der Reichspost erscheinenden Branchen-Fernsprech-
buch der Oberpostdirektionsbezirke Karlsruhe und Konstanz
etwas zu tun hat.

Wir bitten bei Aufgabe von Bestellungen für Adreßbücher
genau zu prüfen, für welche Ausgabe ein Auftrag erteilt wird.
Unsere Bestellscheine tragen am Kopfe unsere Firma.

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G.m.b.H. Karlsruhe

Am Pfingstsamstag, den 7. Juni 1930
bleiben unsere sämtl. Geschäftsräume
geschlossen. 403

Badische Bank
Bad. Kommunale Landesbank
Baer & Elend
Darmstädter u. Nationalbank,
Filiale Karlsruhe

Deutsche Bank und Disconto-
Gesellschaft, Filiale Karls-
ruhe und Depositenkassen
Veit L. Homburger
Straus & Co.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. D. REICHT

LIEFERT AUS SCHLOSS-
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU- MATERIAL

Druck G. Braun, Karlsruhe